

Redebeitrag von Stadtrat Dennis Jannack zur aktuellen Debatte unter dem Thema „Mieterinnen und Mieter nicht im Kalten sitzen lassen! Konzernversagen im Sinne der Menschen auflösen!“ in der Stadtratssitzung am 13. Februar 2025

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Beigeordnete,
Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen heute hier, weil in unserer Stadt ein unerträglicher Skandal passiert! Familien, Kinder, ältere Menschen – sie alle saßen tagelang in Magdeburg bei Außentemperaturen um null Grad im Kalten. Ohne Heizung, ohne warmes Wasser, mitten im Winter. Und warum? Weil ein skrupelloser Wohnungskonzern seine Rechnungen nicht bezahlt hat! Weil ein Unternehmen, das Profite auf Kosten der Mieter:innen macht, sich weigert, für grundlegende Versorgung aufzukommen. Während die Mieten steigen, während Dividenden ausgeschüttet werden, werden die Menschen, die diese Wohnungen mit Leben füllen, die regelmäßig ihre Mieten zahlen, im Stich gelassen!

Schauen wir nach Rothensee: Eine alleinerziehende Mutter steht mit ihrem fünfjährigen Sohn da und weiß nicht, wie sie ihn warmhalten soll. Im Nachbareingang sitzt ein Rentner in seiner Wohnung, dick eingepackt, weil seine einzige Wärmequelle eine Woldecke ist. Nebenan trifft es eine pflegebedürftige Seniorin, die auf warmes Wasser angewiesen ist, um sich zu versorgen – jetzt muss sie mit kalten Lappen hantieren. Das sind keine Einzelfälle, das sind keine tragischen Zufälle. Das ist politisches und wirtschaftliches Versagen!

Schon 2019 haben wir als Linke gewarnt. Schon damals haben wir gesagt: Die Stadt muss eingreifen, es braucht Schutzmechanismen, um genau solche Situationen zu verhindern! Doch unser Antrag wurde abgelehnt. Und heute sehen wir das Ergebnis dieser Ignoranz.

Doch wir sagen: Es reicht! Wir lassen nicht zu, dass Menschen im Winter frieren, weil Konzerne sich ihrer Verantwortung entziehen. Wir lassen nicht zu, dass soziale Kälte die Wohnzimmer unserer Stadt erfasst!

Seit letzter Woche gibt es Fragen, auf die sich die betroffenen Menschen eine Antwort erhoffen:

Warum ging vor allem die Kommunikation an die Mieter:innen vorbei?
Warum wurde ihnen das Gas, und somit Warmwasser und Heizung ohne Ankündigung abgestellt?

Was waren neben der Möglichkeit der Unterbringung der betroffenen Menschen im kommunalen Obdachlosenheim weitere Hilfsangebote des Sozial- und Wohnungsamtes?

Warum konnte die Stadt dies nicht rechtzeitig abwenden?
Was hat die Überbürgermeisterin vorab versucht, um die Situation zu klären?

Meine Fraktion ist überzeugt, dass es höchste Zeit ist, auf mehreren Ebenen aktiv zu werden und den betroffenen Mieter:innen konkrete Unterstützung zu bieten. Dabei dürfen wir nicht nur an kurzfristige Sofortmaßnahmen denken, sondern müssen auch langfristig strukturelle Verbesserungen anstreben. Als Beispiel hierfür können wir auf Erfahrungen und Ansätze aus anderen deutschen Großstädten verweisen, die bereits vielfältige Maßnahmen erprobt haben, um Mieterinnen und Mieter besser vor den Folgen von Versorgungsunterbrechungen zu schützen.

Was wir brauchen, sind klare Regeln und zuvorderst gilt: Keine Gassperren in bewohnten Wohnungen, egal was passiert!

Es genügt nicht, nur zu klagen, wenn Familien, Kinder und ältere Menschen in Kälte und Ungewissheit leben müssen. Wir fordern jetzt konsequent und unmissverständlich Maßnahmen, die den Betroffenen Sicherheit und Würde garantieren. Konkret fordern wir folgende Schritte:

- 1. Einrichtung eines zentralen Frühwarnsystems und einer Krisenhotline:**
Wir schlagen vor, ein Meldesystem zu etablieren, über das Mieter:innen, Sozialdienste oder Mietervereine Fälle melden können, in denen Versorgungsunterbrechungen drohen. So wird die Kommune frühzeitig alarmiert und kann sofortige Sofortmaßnahmen einleiten – bevor jemand im Stich gelassen wird.
- 2. Schaffung eines finanziellen Notfallfonds:**
Um kritische Abschaltungen zu verhindern, fordern wir die Einrichtung eines Notfallfonds, der kurzfristig einspringt, um etwaige Rückstände bei den Versorgungsunternehmen zu begleichen. So können wir dringend benötigte Versorgungsengpässe überbrücken, während die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
- 3. Direkte Vermittlung und Mediation:**
Die Stadt muss als neutraler Vermittler zwischen Mieter:innen, Vermietern und Versorgungsunternehmen agieren. Durch die Zusammenarbeit mit sozialen Beratungsstellen, Mietervereinen und Rechtsberatungsstellen sollen Verhandlungen ermöglicht werden, die zu Zahlungsaufschüben oder Ratenzahlungen führen – und so eine Abschaltung verhindern.
- 4. Kooperation mit Versorgungsunternehmen:**
Es gilt, einen kontinuierlichen Dialog mit Energie- und Wasserversorgern aufzubauen. Nur so können wir im Krisenfall flexible Lösungen – etwa in Form von Zahlungsaufschüben oder Übergangslösungen – realisieren, die den Interessen der Mieterinnen und Mieter gerecht werden.
- 5. Kooperation der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften mit dem Sozial- und Wohnungsamt:**
Es muss sichergestellt werden, dass für betroffene Mieter:innen Notfallunterkünfte bereitstehen – und zwar jenseits der reinen

Obdachlosenunterkünfte. Jeder Mensch hat das Recht auf eine menschenwürdige Unterkunft!

6. Präventive Maßnahmen und Aufklärung:

Neben akuten Hilfsmaßnahmen muss auch der Prävention Raum gegeben werden. Informationskampagnen, Workshops und Beratungstage sollen Mieter:innen über ihre Rechte und bestehende Unterstützungsangebote informieren. Gleichzeitig ist es wichtig, Vermieter:innen über ihre Pflichten und die Folgen von Zahlungsverzögerungen aufzuklären – so schaffen wir langfristig Sicherheit und verhindern Krisensituationen.

7. Politische und strukturelle Initiativen:

Das Thema muss fest im Blick der politischen Gremien der Landeshauptstadt Magdeburg sein. Wir fordern, dass gesetzliche Rahmenbedingungen verbessert und klare Verantwortlichkeiten zwischen Vermietern, Versorgungsunternehmen und der Kommune geschaffen werden. Unser kommunales Energieversorgungsunternehmen muss in diesen Rahmen gestärkt werden, um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden.

Unsere Stadt gehört uns allen – nicht den Spekulanten, nicht den Wohnungsriesen, die nur ihre Profite zählen. Es sind die Menschen, die hier leben, die zählen. Und wir stehen an ihrer Seite!

Gegen soziale Kälte, gegen Profitgier und für ein Magdeburg, das niemanden im Stich lässt, das muss unsere Aufgabe hier sein! Diese Forderungen sind kein Wunschtraum – sie sind die notwendigen Schritte, um unseren Mitmenschen wieder ein Leben in Wärme und Würde zu ermöglichen.

In anderen Städten wird deutlich, dass sozial solidarische und präventive Maßnahmen in der Wohnungs- und Mietpolitik nicht nur möglich, sondern auch machbar sind. Die Beispiele aus Berlin, Hamburg und München belegen, wie durch eine konsequente Bündelung von kommunalen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Kräften der Schutz von Mieter:innen nachhaltig gestärkt werden kann:

Berlin:

In der Hauptstadt steht die frühzeitige Information der Mieter:innen über ihre Rechte und Unterstützungsangebote im Zentrum eines ganzheitlichen Ansatzes. Hier arbeiten Bezirksämter, das Sozialreferat und Mietervereine Hand in Hand, um in akuten Krisensituationen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten. Der kontinuierliche Dialog in den Gremien des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen sorgt dafür, dass das Thema Mieter:innenschutz stets auf der politischen Agenda bleibt. Darüber hinaus wird durch die Kooperation mit Versorgungsunternehmen sichergestellt, dass in Notfällen rasch Zahlungsaufschübe oder Notfallinterventionen ermöglicht werden – immer mit dem Ziel, die soziale Absicherung der Bewohner:innen zu garantieren.

Hamburg:

Die Hansestadt setzt auf eine Politik, die unmittelbare Hilfe in Notlagen in den

Mittelpunkt stellt. Krisenhotlines und Notfallfonds sind dabei essenzielle Instrumente, über die Mieter:innen schnell und unbürokratisch Unterstützung erhalten können. Die intensive intersektorale Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Sozialbehörden und Mieter:innenvereinen bildet die Basis für ein koordiniertes und effektives Krisenmanagement. Öffentliche Debatten in Bezirksversammlungen rücken den Mieter:innenschutz nachhaltig in den Fokus der städtischen Sozialpolitik und machen deutlich, dass nur ein solidarisch geprägtes Miteinander langfristige Lösungen ermöglicht.

München:

Auch in München zeigt sich, dass präventive Maßnahmen und mediationsgestützte Angebote einen wichtigen Beitrag zur Konfliktprävention leisten. Der Stadtrat diskutiert aktiv über Maßnahmen, die als Bindeglied zwischen Mieter:innen, Vermietern und Versorgungsunternehmen wirken – immer mit dem Ziel, gemeinschaftliche und nachhaltige Lösungen zu fördern. Kurzfristige finanzielle Unterstützungsmaßnahmen bieten eine wichtige Entlastung in akuten Krisensituationen, bis dauerhafte, solidarisch gelebte Lösungen gefunden sind. Die enge Kooperation mit Mieter:innenvereinen unterstreicht das Bekenntnis zu einem Mieter:innenschutz, der auf Beratung, Prävention und gegenseitiger Unterstützung basiert.

Diese Beispiele zeigen, dass eine soziale Wohnpolitik nicht nur auf akute Krisen reagiert, sondern auch durch präventive Maßnahmen und den kontinuierlichen Dialog auf kommunaler Ebene langfristig stabile und gerechte Lebensbedingungen schaffen kann.

Unsere Forderungen dienen dem Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Magdeburg muss ein Ort sein, an dem niemand unter prekären Bedingungen leben muss. Durch die Bündelung von Soforthilfen, präventiver Aufklärung, direkter Vermittlung und politischem Engagement können wir gemeinsam sicherstellen, dass unsere Stadt in Krisenfällen handlungsfähig und solidarisch agiert.

Lassen Sie uns entschlossen und gemeinsam dafür sorgen, dass in Magdeburg niemand mehr in unzumutbaren Zuständen leben muss und dass wir aus den Erfahrungen anderer Städte lernen, um nachhaltige und faire Lösungen zu schaffen.

Vielen Dank!“

(Es gilt das gesprochene Wort)